

Öffentliche, parteiliche, positionierte Soziologie

Katharina Hoppe

Im Zuge der Diagnosen eines »postfaktischen« Zeitalters, der Debatten um Wissenschaftsfreiheit, der zunehmenden Angriffe auf Forschende in den Gender und Queer Studies sowie antirassistisch oder postkolonial positionierter Forschung hat auch innerhalb der Soziologie ein (erneuter) Selbstverständigungsprozess darüber eingesetzt, welches Verhältnis von Wissenschaft und Politik erstrebenswert ist (vgl. van Dyk 2017; Behrendt, Henkel 2018; Villa, Speck 2020; Bogner 2021). Diesen Eindruck gewann ich erneut beim DGS-Kongress in Bielefeld, aber auch angesichts der Zahl an Publikationen, Workshops und Konferenzen, die sich derzeit im weitesten Sinne diesem Thema widmen.¹ Ein Begriff, der in diesen Diskussionen immer wieder fällt, ist jener der Positionierung oder der positionierten Wissenschaft.

1 Exemplarisch für solche Veranstaltungen in Bielefeld lassen sich etwa die Ad-Hoc-Gruppen: »Sociologists for Future? Soziologische Klima- und Nachhaltigkeitsforschung zwischen akademischem und öffentlichem Diskurs« und »Politisierung des Wissens. Die gesellschaftlichen Grundlagen und politischen Folgen von Wissenskonflikten in polarisierten Welten« nennen. Auch in der Ad-Hoc-Gruppe »Soziale Spaltung als Zeitdiagnose« wurde darüber diskutiert, was positionierte soziologische Wissensproduktion bedeuten kann. Ebenso dokumentieren die im Rahmen des Symposions zu »Politik und Soziologie« in Heft 4/2019 der SOZIOLOGIE publizierten Positionspapiere das rege Interesse an einer Verständigung über die Rolle der Soziologie in der gegenwärtigen Situation, wobei der Begriff der Positionierung hier nicht aufgegriffen wird.

Für Anregungen zu diesem Text bedanke ich mich bei den Teilnehmenden des Workshops »Theorie im »postfaktischen Zeitalter«« im Juli 2022 in München, besonders bei Jenni Brichzin und Felix Kronau, deren gemeinsam mit Jakob Zey durchgeführtes DFG-Projekt zur »Kritik anti-essentialistischer Soziologie« ebenfalls als Teil der Selbstverständi-

Die positionierte Wissenschaft und Soziologie wird in Stellung gebracht, um Diskreditierungen einer (vermeintlich) politisierten oder aktivistischen Wissenschaft etwas entgegenzusetzen. Allerdings bleibt der Begriff der Positionierung dabei notorisch unterbestimmt. Was eine positionierte Wissenschaft und insbesondere eine positionierte Soziologie ausmachen könnte, möchte ich im Folgenden umreißen und damit zur Debatte einladen.

Wenngleich der durch die Chiffre des »postfaktischen Zeitalters« implizierte epochale Bruch historisch und empirisch fragwürdig sein mag (Vogelmann 2016), lässt sich eine veränderte und verstärkte Politisierung von Wissenschaft, wissenschaftlichem Wissen und Wahrheitsansprüchen in den vergangenen Jahrzehnten ohne Zweifel konstatieren. Dies gilt einerseits im Hinblick auf die Forderungen nach politischen Bezügen auf wissenschaftliches Wissen durch die wissenschaftsfreundlichen, erstarkenden Klimagerechtigkeitsbewegungen. Andererseits hat die Anrufung *alternativer Fakten* mitsamt ihren Gegenbewegungen und Reaktionen zu einer solchen Politisierung beigetragen. Auch im Hinblick auf veränderte Verbreitungsdynamiken und Rezeptionsmöglichkeiten von Informationen in sozialen Medien und digitalisierten Öffentlichkeiten, die im Zuge der SARS Cov-2-Pandemie besonders virulent geworden sind, zeigt sich eine gesteigerte Politisierung und teils auch Instrumentalisierung von wissenschaftlichem Wissen. Mir geht es in diesem Beitrag nicht so sehr um die Dynamiken der Verbreitung von (Des-)Information, einer damit womöglich verbundenen »Wahrheitskrise« und der Behauptung eines epochalen Bruchs, sondern um mögliche Umgänge der Soziologie mit dieser (wissenschafts-)politischen Gemengelage. Welches Wissenschafts- und Wahrheitsverständnis gilt es gegen Wissenschaftsfeindlichkeit und *alternative Fakten* in Stellung zu bringen? In welcher Weise kann eine Soziologie in Kontakt zu Öffentlichkeit und Politik stehen, ohne als *biased* oder *zu politisch* gebrandmarkt zu werden? Mit anderen Worten stellt sich folgende alte Frage neu: Wie kann die Soziologie ihre eigene Positioniertheit als Stärke und Vorzug und nicht als Fallstrick und Handicap begreifen?

Eine der Antworten der globalen wissenschaftlichen Community auf die offensive Relativierung wissenschaftlichen Wissens im Zuge der Vereidigung von Donald Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten war bekanntlich das globale Großevent des »March for Science«, das erstmals am

gungsbemühungen in der soziologischen Theoriebildung begriffen werden kann. Außerdem danke ich Jonas Heller und Lars Meier für Anmerkungen zu einer früheren Version dieses Textes.

»Earth Day 2017« stattfand. Einer der wichtigsten Slogans dieses Events war »There is no alternative to facts.« Auf den ersten Blick scheint es kompliziert und gefährlich, etwas gegen diesen Slogan zu sagen. Welche Wissenschaftler*in will sich schon gegen Fakten positionieren? Auch ich möchte das nicht. Allerdings wohnt der Rede von alternativlosen Fakten eine szientistische und autoritäre Tendenz inne, die Debatten abschließt, statt sie anzustoßen und kritisch zu begleiten. Tritt Wissenschaft mit einem solchen Credo an, verleugnet sie wissenschaftstheoretische Grundeinsichten in die Historizität und Kontextgebundenheit wissenschaftlicher Wissensproduktion und Wahrheit, die Philosoph*innen, Physiker*innen und Wissenschaftssoziolog*innen (spätestens) seit der Aufklärung umtreiben und seit den 1970er Jahren besonders von der historischen Epistemologie und der Wissenschaftsforschung unterstrichen worden sind (vgl. Foucault 1971; Canguilhem 1979; Keller 1986; Latour 1987). Letzten Wahrheiten – alternativlosen Fakten – haftet eine ebenso autoritäre Tendenz an wie der Rede von alternativen Fakten, die in Beliebigkeit und Willkür mündet. Die Biologin und feministische Wissenschaftstheoretikerin Donna Haraway hat diese Polarisierung einmal als die falsche Alternative zwischen dem »göttlichen Trick« (Universalismus) und einer einfachen Pluralisierung solcher Tricks (Relativismus) beschrieben (vgl. Haraway 1995: 84). Unter »göttlichen Tricks« versteht sie Operationen von Erkennenden, die gleichsam zaubernd ihre eigene Körperlichkeit und Eingebundenheit in die Welt und in die je lokalisierten Apparate der Wissensproduktion leugnen. Solche Tricks vollziehen nicht nur Subjekte, die einen universalen Wahrheitsanspruch erheben, sondern auch solche, die relativistisch eine Gleichwertigkeit aller Perspektiven behaupten: »Beide leugnen die Relevanz von Verortung, Verkörperung und partialer Perspektive, beide verhindern eine gute Sicht.« (Ebd.)

Um gegen »göttliche Tricks« die Bedeutung von Verortungsleistungen in der Wissensproduktion zu betonen, wurden unterschiedliche Wege beschritten und Vorschläge gemacht, wie dies geschehen könnte. Ich möchte im Folgenden drei soziologische Antworten vorstellen, die in der einen oder anderen Weise auf ein Paradigma der Relationalität rekurrieren und versuchen, die *Involviertheit* der Wissensproduktion – besonders in den Sozialwissenschaften – zu theoretisieren. Im Zuge dieses Streifzugs möchte ich auch die These problematisieren, der Poststrukturalismus, »die Postmoderne« oder »der Konstruktivismus« hätten ein »postfaktisches Zeitalter« hervorgebracht, weil sie Wahrheit zu stark relativiert hätten und damit eine Beliebigkeit von Wissensbeständen suggerierten (siehe zu dieser Diagnose Williams

2010; D'Ancona 2017).² Die drei Vorschläge, die ich ins Zentrum meiner Überlegungen stellen möchte – öffentliche, parteiliche und positionierte Soziologie –, weisen jeweils den Mythos der Neutralität wissenschaftlicher Wissensproduktion zurück. Die Positionen denken darüber nach, wie der Involviertheit mit der Welt, die man erforscht, Rechnung zu tragen ist, und fragen, inwieweit aus dieser Verstrickung eine spezifische Verantwortung von Wissenschaft folgt.

Es geht mir nicht darum, einen erschöpfenden Überblick der soziologischen Thematisierungen der Frage von Verortung und Reflexivität soziologischer Forschung zu geben; vielmehr nutze ich Ansätze, die dabei helfen, ein Verständnis *positionierter* Wissenschaft zu schärfen. Dies scheint mir auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Verkürzung der Bedeutung von Positionierung auf identitäre Marker der erkennenden Subjekte und damit einhergehenden Verunglimpfungen von Forschung als »Identitätspolitik« von besonderer Bedeutung. Ich stelle zunächst die Programme öffentlicher (1.) und parteilicher Wissenschaft (2.) vor und arbeite Stärken und Schwächen der beiden Positionen heraus, bevor ich positionierte Wissenschaft näher zu bestimmen versuche und zeige, dass gerade poststrukturalistische, identitätskritische Ansätze Fallstricke in der Debatte umgehen können (3.). Im Ausblick formuliere ich weiterführende Fragen, Forschungs- und Interventionsbedarfe für die Soziologie (4.).

2 Innerhalb der Soziologie spiegelte sich so eine Polemik gegen Konstruktivismen bekanntermaßen in der Gründung der Fachgesellschaft Akademie für Soziologie 2017 wider, die laut ihrer Selbstbeschreibung vornehmlich eine »empirisch-analytische Soziologie« vertritt und in ihrem Gründungsauftrag feststellt: »In einer Zeit, in der populistische Bewegungen und Vorstellungen einer nur »konstruierten« Wirklichkeit und »alternativer Fakten« an Boden gewinnen, ist es umso notwendiger, in der Tradition der wissenschaftlichen Aufklärung nach faktenbasierten, prüfbareren und dann auch praktisch verwertbaren Erkenntnissen zu streben.« (Akademie für Soziologie 2017: 2) Alternative Fakten werden nicht nur mit einem nicht weiter spezifizierten konstruktivistischen Paradigma kurzgeschlossen, sondern auch hier wird ihnen die Forderung nach *harten Fakten* entgegengehalten, die dann in der Politikberatung zum Einsatz kommen könnten.

1. Öffentliche Soziologie

Charles Wright Mills hat 1959 in seiner Einladung zur Soziologie, in dem Buch »The Sociological Imagination«, die in der deutschen Neuübersetzung unter dem schönen Titel »Soziologische Phantasie« (2016) erschienen ist, eine Zurückweisung weiter Teile der damaligen Mainstream-Soziologie (insbesondere der Arbeiten Talcott Parsons) vorgelegt, in der er deren »Lust an der Attitüde des Unbeteiligten« (ebd.: 127) beklagt. Demgegenüber möchte Mills – ähnlich wie etwa auch Pierre Bourdieu (1996) – darauf hinweisen, dass Gesellschaftswissenschaftler*innen »definitiv auf irgendeine Weise moralisch und meist auch politisch« handeln, wenn sie Forschung betreiben (Mills 2016: 127). Mills betont das unweigerliche Moment der Involviertheit der Forschenden in einer erstaunlich aktuellen Beschreibung seiner Gegenwart der 1950er Jahre:

»So gut wie jedes Interesse und jede Macht, jede Leidenschaft und jede Vorliebe, jeder Hass und jede Hoffnung rüstet sich ideologisch auf, um mit den Schlagworten, Symbolen, Doktrinen und Appellen anderer Interessen mithalten zu können. Mit der Ausweitung und Beschleunigung der öffentlichen Kommunikation nutzt sich deren Wirkung durch Wiederholung ab; deshalb gibt es eine beständige Nachfrage nach neuen Slogans, Glaubenslehren und Ideologien. In dieser Situation der Massenkommunikation und der intensiven Öffentlichkeitsarbeit wäre es wirklich seltsam, wenn die Sozialforschung gegen die Nachfrage nach ideologischer Munitionierung immun wäre und noch seltsamer, wenn Sozialwissenschaftler diesen Bedarf nicht decken würden.« (Ebd.: 130)

Sozialwissenschaften sind, so Mills Ausgangsthese, an der Produktion von Ideologie beteiligt – sei es bewusst oder unbewusst. Dies gelte es nicht zu verleugnen, sondern vielmehr die Rolle einer engagierten Sozialforschung anzunehmen. Mills hat in diesem Zusammenhang drei mögliche politisch-engagierte Rollen unterschieden, die Sozialwissenschaftler*innen annehmen könnten: Erstens könnten sie als Philosophiekönig*innen im soziologischen Gewand auftreten. Deren expertokratischen und antidemokratischen Anspruch weist Mills jedoch als »lächerlich« (ebd.: 267) zurück. Die zweite Option liegt in der Rolle »des königlichen Beraters« (ebd.). Diese ist Mills zufolge zu seiner Zeit bereits in eine bürokratische Falle getappt, die mit Blick auf die Soziologie die immer kleinteiligere Betrachtung von Problemen und ihren Ursachen zur Folge habe und so dazu beitrage, strukturelle Probleme zunehmend unsichtbar zu machen. Eine bürokratische Vereinnahmung die-

ser Art müsse allerdings nicht notwendigerweise geschehen, als problematischer erachtet Mills eher die Tendenz zur Loyalität von Beratenden: »Es ist eine Loyalität, der anscheinend weder despotische Inkompetenz noch dogmatische Dummheit etwas anhaben können.« (Ebd.: 268) Demgegenüber ist die dritte mögliche Rolle der Sozialwissenschaftler*innen eine »Art öffentliche[r] Nachrichtendienst« (ebd.). Dieser gehe den jeweils eigenen Forschungen und Relevanzsetzungen nach und richte die Ergebnisse dann an »König*innen« und Öffentlichkeiten. Sie arbeiten aktiv daran, »die Wirklichkeit angemessen und öffentlich relevant zu definieren« (ebd.: 284).

An diesen dritten Rollenvorschlag von Mills anschließend hat Michael Burawoy (2005) prominent für die Kultivierung einer *öffentlichen Soziologie* geworben. Er konstatiert eine in seinen Augen durchaus erstrebenswerte Arbeitsteilung innerhalb der Soziologie, wobei sich professionelle, kritische, politikberatende und öffentliche Soziologie voneinander unterscheiden ließen. Während die professionelle Soziologie mit der Herstellung methodisch kontrollierten Wissens beschäftigt sei, versteht Burawoy die kritische Soziologie als eine Art immanenten kritischen Stachel, der auf Biases in der Forschung hinweist und sozusagen die *Gewissensfunktion* der Disziplin übernimmt. Politikberatende Soziologie arbeitet hingegen häufig für Klienten und fokussiert sich auf die Problemlösung. Öffentliche Soziologie ist für ihn demgegenüber jene Soziologie, die Konversationen zwischen Öffentlichkeiten und Wissenschaft schafft, wobei er eine traditionelle von einer organischen öffentlichen Soziologie unterscheidet. Erstere umfasst klassische Einmischungen von Intellektuellen wie Zeitungsartikel oder Radiobeiträge, letztere – die organische öffentliche Soziologie – arbeitet in engem Kontakt zu sichtbaren Gegenöffentlichkeiten. Diese Variante öffentlicher Soziologie zielt auf wechselseitige Lernprozesse anstelle einseitiger Forschungsprozesse ab. Der Erfolg öffentlicher Soziologie komme von unten, nicht von oben (vgl. auch Lessenich 2022).

Die Plädoyers für öffentliche Soziologie in diesem Sinne werben für einen stärkeren Einbezug der Zivilgesellschaft, sozialer Bewegungen und Gegenöffentlichkeiten. Darüber hinaus deuten sie an, dass es als Teil und Voraussetzung soziologischer Forschung und Wahrheitsproduktion zu begreifen ist, dass ein Arbeiten an gerechteren sozialen Verhältnissen noch keinen diskreditierenden Bias bedeutet, sondern vielmehr die politische Invol-

viertheit in Gesellschaft zur Geltung bringt, die unter dem Deckmantel »neutraler« Wissensproduktion unsichtbar wird.³ Wie so ein Arbeiten genau aussieht und welche methodologischen Instrumente und (wissenschafts-)theoretischen Orientierungen hierfür sinnvoll sein könnten, lassen Mills und Burawoy weitgehend offen. Auch der zugrundeliegende Wahrheitsbegriff bleibt bei beiden blass. Radikalisiert haben den Gedanken der notwendigen politischen Involviertheit von Wissenschaft Positionen, die sich für eine parteiliche Wissenschaft einsetzen.

2. Parteiliche Soziologie

Parteiliche Wissenschaft lässt sich dem Schema von Burawoy gemäß als eine Kopplung kritischer und öffentlicher Wissenschaft begreifen. Paradigmatisch sind dafür frühe Versuche der Begründung einer Frauenforschung, die sich als Teil emanzipatorischer Bewegungen und politischer Kämpfe begreift, und darin die Ambivalenzen einer Akademisierung des Feminismus vorwegnehmen (vgl. Hark 2005). Besonders einflussreich in der Debatte sind in diesem Zusammenhang bis heute die von Maria Mies vorgelegten »Methodischen Postulate der Frauenforschung«. Mies plädierte für die Aufgabe der Behauptung einer wertfreien Forschung und für eine Wissensproduktion, die von »bewusster Parteilichkeit« (Mies 1978: 12) ausgeht. Wissenschaft solle nicht länger in einer uninvolvierten Rolle der Zuschauenden verharren, sondern die aktive Teilnahme an Aktionen der Bewegungen im Sinne der Emanzipation zum Ausgangspunkt der Forschung machen. Die Wahl der Forschungsgegenstände müsse hierbei abhängig von allgemeinen Zielen sowie Strategien und Taktiken der Frauenbewegung verfahren. Hierarchien zwischen Forschenden und Beforschten sollten überwunden werden und eine »Sicht von unten« (ebd.) die Wissensproduktion prägen. Dabei geht es Mies nicht allein darum, gleichsam von der Wissenschaft aus mit der Politik (hier: der Bewegung) in Kontakt zu treten, sondern sie identifiziert auch einen Bias in jenen Forschungen, die dies nicht tun. Die »Wertfreiheit« herkömmlicher empirischer Sozialforschung würde mit dem Preis der Verzerrung bezahlt, weil die Positionen der Unterdrückten darin immer nur zugehört (etwa durch Fragebögen, Kategorienbildung etc.) vorkommen. So

3 Für eine interessante Aufarbeitung und einen breiten Überblick über Geschichte, Gegenwart und unterschiedliche Ausgestaltungen öffentlicher Soziologie vgl. Neun (2019).

werde das Wissen dieser Gruppen entwertet oder gar nicht erst zum Bestandteil der Wissensproduktion.⁴ Mies greift demnach implizit eine standpunkttheoretische Orientierung auf.

Die Standpunkttheorie wurde als epistemologisches Programm Anfang der 1980er Jahre insbesondere von Nancy Hartsock etabliert. Sie schlägt vor, die marxistische Annahme eines epistemischen Privilegs der Unterdrückten für ein feministisches, historisch-materialistisches Projekt fruchtbar zu machen (vgl. Hartsock 1983: 283). Dabei geht sie von der These aus, dass analog zum Standpunkt des Proletariats in Marx' Analyse des Kapitals das Leben von Frauen einen privilegierten Ausgangspunkt mit sich führt, durch den ein Fundament für die Kritik phallogozentrischer Institutionen und einer patriarchalen Gesellschaftsordnung gelegt werden kann. Zugespitzt liegt Hartsocks epistemologische Grundannahme darin, dass aufgrund von Herrschaftsstrukturen derjenigen Gruppe in einer Gesellschaft ein epistemisches Privileg zukommt, die aufgrund von Diskriminierungserfahrungen Standpunkte erkämpft und durch diese Kämpfe die realen Verhältnisse zum Vorschein bringt (vgl. ebd.: 285). Der Kern des spezifisch *feministischen* Standpunktes, wie Hartsock ihn entwickelt, liegt in der Artikulation der epistemisch privilegierten Perspektive unterdrückter Frauen, die basierend auf der Erfahrung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung als Gruppe hinter die Oberfläche der Erscheinungen dringen und die realen Verhältnisse enthüllen kann (vgl. ebd.: 304). Anders als Mies geht es Hartsock weniger darum, die aktive Beteiligung an der Bewegung zu fordern, als die epistemische Qualität spezifischer Standpunkte hervorzuheben, die Frauen und andere marginalisierte Gruppen zwar erringen müssten, deren zentrale Voraussetzung aber geteilte Erfahrung sei.

Nach jahrzehntelanger Kritik an der Vereinheitlichung einer *weiblichen* Erfahrung, die besonders von Perspektiven Schwarzer Feminismen und postkolonialen Arbeiten vorgetragen wurde, scheinen solche Ansätze veraltet, denn von welcher *gemeinsamen* Erfahrung soll hier die Rede sein (Davis 1983; Mohanty 1984)? Mit Blick auf Mies formulierte Christina Thürmer-Rohr im Zuge der Debatten um die Akademisierung des Feminismus schon in den 1980er Jahren: »Daß alle Frauen unterdrückt und ausgebeutet sind [...], ist eine so allgemeine Erkenntnis, daß sie sich nicht als tauglich erweist, um als Klammer, als Brücke in der Interaktion von Frauen, auch nicht der

⁴ Gegenwärtig führen Methoden der partizipativen Forschung verwandte Überlegungen weiter. Zu Potentialen und Grenzen dieser Perspektiven siehe die Beiträge in Flick, Herold (2021).

wissenschaftlichen Interaktion zu dienen.« (Thürmer-Rohr 1984: 73) Heute werden diese Fragen noch stärker unter den Vorzeichen der Probleme einer identitären Verengung der Wissensproduktion eruiert, in der Identität und Position vermeintlich verschmelzen – eine *weiße* Frau aus der Mittelklasse spreche dann für diese Position und nur für diese, ihr Wissen wäre dasjenige ihrer Identität. Nicht selten werden in Polemiken gegen »Identitätspolitik« und Gender Studies eben in dieser Weise Positionierungen im sozialen Raum entlang Marker wie Race, Klasse oder Geschlecht mit Standpunkten im Sinne einer inhaltlichen Positionierung und Perspektive gleichgesetzt. Ein solch »positionaler Fundamentalismus« (Villa 2020: 15) schließt Identität mit Position kurz und arbeitet gegen die poststrukturalistische Identitätskritik, die davon ausgeht, dass stabile Identitäten (und Positionen) eine wirkmächtige, aber problematische Illusion sind. Gerade die identitätskritische Stoßrichtung poststrukturalistischen Denkens ist es indes, die ein ausgewogeneres Verständnis von positionierter Wissenschaft ermöglichen könnte, eben weil sie einen »Unterschied zwischen positioniert und parteilich« macht (ebd.: 22), wie ich im nächsten Abschnitt näher erläutern werde.

Parteiliche Wissenschaft basiert auf einem problematischen Identitätsparadigma und beschränkt sich selbst auf empfindliche Art, da sie einem Fortschrittsglauben der einheitlich-linearen Emanzipation verfällt und zu Essentialisierung und Vereinheitlichung beteiligter Gruppen neigt, deren Einbettung in heterogene Machtverhältnisse in der Folge – paradoxerweise – tendenziell ausgeblendet wird. Die Plädoyers für parteiliche Wissenschaft zeigen aber durchaus, dass der *Nachrichtendienst* öffentlicher Wissenschaft so lange ebenfalls seines kritischen Stachels beraubt ist, wie er die epistemischen Grundlagen der eigenen Arbeit nicht hinterfragt. Öffentliche wie auch parteiliche Wissenschaft bringen Involviertheit zum Tragen, allerdings wird Engagement in beiden Fällen als bewusste Entscheidung gerahmt: Einmal schlüpfen die Forschenden in die Rolle der Berichtenden und Aufklärenden, einmal in jene der Alliierten. Positionierte Wissenschaft und Soziologie zielen demgegenüber auf das Eingeständnis der Unhintergebarkeit des Engagements und suchen nach Wegen (im Plural!), diese zur Geltung zu bringen.

3. Positionierte Soziologie

Wenn man die Probleme öffentlicher und parteilicher Wissenschaft umgehen will, können apodiktische Bezugnahmen auf »Fakten« allerdings nicht die Lösung sein: Sie verfallen einer positivistischen Versuchung, die darin liegt, Tatsachenwahrheiten zu behaupten und die eigene Involviertheit mit der Welt zu leugnen. An die Stelle einer Bearbeitung des Problems der Verortung tritt in solchen Ansprüchen eine Souveränitätsfiktion auf Seiten der Erkennenden, die die Möglichkeit einer »neutralen« Wissensproduktion und eines von der Welt losgelösten Blicks voraussetzt. Öffentliche und parteiliche Wissenschaften plädieren demgegenüber in ihren je eigenen Weisen *für Engagement und Involviertheit*. Beide Positionen weisen aber Schwachstellen auf: Im ersten Fall involvierter als öffentlicher Soziologie bleibt der zugrundeliegende Objektivitätsbegriff unangetastet und die wissenschaftlich-öffentliche Praxis reduziert sich auf eine Vermittlungsfunktion; im zweiten Fall werden gesellschaftliche Kämpfe mit problematischen vereinheitlichenden Implikationen selbst zu voreilig und vollständig mit soziologischer, wissenschaftlicher Wissensproduktion gleichgesetzt. Positionen, die beide Verkürzungen zu umgehen versuchen und dennoch keinem positivistischen Paradigma folgen, möchte ich hier als »positionierte Soziologie« begreifen und diskutieren. Im Zentrum dieses Versuchs stehen die Ansätze des französischen Soziologen Geoffroy de Lagasnerie und der bereits erwähnten Donna Haraway. Eine abwägende Diskussion ihrer jeweiligen Überlegungen erlaubt es, Fallstricke und Potentiale des Engagements als Positionierung auszuloten.

De Lagasnerie hat eine flammende Intervention gegen die Phantasie unengagierter Wissenschaft und neutraler (sozialwissenschaftlicher) Wissensproduktion vorgelegt. Im Anschluss an Max Horkheimer und Theodor W. Adorno argumentiert er, dass Wissenschaft in einer »ungerechten, kritikwürdigen Welt« (de Lagasnerie 2018: 19) immer schon in der einen oder anderen Weise engagiert sei. Der Begriff des Engagements selbst würde bereits eine nur künstliche Grenze neu errichten: eine Grenze zwischen Wissen und Politik. Wissenschaft werde in dieser Weise einem Außen gegenübergestellt – der Öffentlichkeit oder der Politik. Der Entschluss, zu schreiben und denken, sei jedoch selbst ein engagierter Entschluss. Dies nicht nur, weil diese Praktiken in Gesellschaft und Politik eingelassen sind, sondern auch weil ein unengagiertes Schreiben, Denken und Forschen zur Aufrechterhaltung des Status quo beiträgt, also nicht unpolitisch ist, sondern systemstabilisierend: »Man muss die (falsche) »Neutralität« als ein Engagement gegen das

Engagement, als Leugnung der Situation des Engagiertseins begreifen.« (Ebd.: 27) Vor diesem Hintergrund fordert de Lagasnerie auch einen emphatischen Wahrheitsbegriff. Wahrheit habe eine gesellschaftspolitische Tragweite und könne daher als »aktiver und oppositioneller Begriff« gefasst werden (ebd.: 60). Oppositionelles Wissen ist für ihn infrage stellendes Wissen, Wissen gegen die Institutionen und gegen die Falschheit der Welt (ebd.: 61 f.) – es definiere sich elementar durch einen »Willen zur Destabilisierung der Welt« (ebd.: 43). Eine sozialwissenschaftliche Wissensproduktion, die diesen destabilisierenden Anspruch einlöst, könne vor dem Hintergrund einer Erneuerung systemischen Denkens geschehen:

»Wenn wir eine Sozialwissenschaft hervorbringen wollen, die imstande ist, die Welt zu destabilisieren, und mit ihren Untersuchungen nicht deren Funktionieren ratifiziert, dann müssen wir uns einen Ansatz zu eigen machen, der die Wirklichkeit vom System und vom Problem aus angeht und mit dem Prinzip der Fallstudie bricht.« (Ebd.: 80 f.)

Induktiv verfahrenen Teilstudien wirft de Lagasnerie vor diesem Hintergrund nicht weniger als Konformismus vor, da sie nicht dazu in der Lage seien, Aussagen über die Totalität zu treffen (ebd.: 87 ff.). In dieser Weise blieben sie »blind für die Machtssysteme« (ebd.: 87), die sie in ihrer Ignoranz reproduzierten. Der Ausweis von einzelnen institutionellen Mechanismen der Produktion von Ungleichheit und Diskriminierung würde den Rahmen, also die umfassenden Apparate und Institutionen, auf denen sie beruhen, nicht in Frage stellen (ebd.: 88 f.).

So wichtig de Lagasneries Emphase ist, dass die Anrufung von Fakten und neutraler Wissenschaft selbst als politischer Akt verstanden werden muss, so wenig überzeugend ist seine Vision einer Erneuerung des systemischen Denkens und zeugt ihrerseits von Ignoranz. Es ist auffällig, dass die gesamte Traditionslinie feministischer Wissenschaftskritik in seinem Essay nicht vorkommt, die seit Jahrzehnten Rhetoriken der Totalität zurückweist und sich an Potentialen und Grenzen kollaborativer, verknüpfender und pluraler Wissensproduktion abarbeitet. Im Anschluss an die ältere Kritische Theorie Frankfurter Tradition, die freilich – wie auch de Lagasnerie selbst – erkenntniskritische Intuitionen mit einer feministischen Kritik der Wissenschaften teilt (vgl. etwa Horkheimer 1988: 172 f.), neigt diese Perspektive dazu, selbst einen »göttlichen Trick« zu vollziehen und eine vereinseitigende Perspektive auf oppositionelle Wissensproduktion vorzuschlagen. Dieser »göttliche Trick« – also die Behauptung eines Blicks von Nirgendwo und Überall – ist in der Aufforderung zu systemischem Denken angelegt, die

Teilstudien abwertet und sogar delegitimiert. Hier wird vorausgesetzt, dass wirksame systemische Logiken »uns« als erkennender Subjektposition bereits bekannt sind. Ein solcher Fokus auf »die Totalität« lässt völlig außer Acht, dass einzelne Gegenstandsbereiche analytisch nicht zwangsläufig eine räumliche und zeitliche Abgrenzung im Sinne eines Präsentismus bedeuten, sondern Phänomene und analytische Begegnungen expansiv sind. Jede Situation ist eine Implosion ganz unterschiedlicher Ebenen, die nicht im Vorhinein bekannt sind, denen sich über die Analyse konstitutiver Verflechtungen genähert werden kann und die ihre je eigenen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten in Kraft setzen. Situationen weisen über sich hinaus und freilich lassen sich Teilanalysen mit Strukturanalysen verbinden.

Auf solche methodologischen Möglichkeiten der Verknüpfung mit schwach standpunkttheoretischen Orientierungen hat eine ganze Reihe feministischer Wissenschaftstheoretiker*innen hingewiesen (etwa Collins 1986; Harding 1994). In Haraways Theorem *Situierten Wissens* begründen Übersetzungs- und Verknüpfungsbewegungen sogar einen Objektivitätsbegriff, der sich von Neutralitätsannahmen verabschiedet (vgl. Hoppe 2021: 72 ff.). Entgegen klassisch standpunkttheoretischen Positionen argumentiert Haraway allerdings auf Seiten der Erkennenden nicht für »die Subjektposition der Identität«, sondern »die der Objektivität, d.h. der partialen Verbindung« (Haraway 1995: 86). Damit trägt sie der Einsicht Rechnung, dass Subjekte nie nur an einem Ort sind und nie als Einheitliche, Abgeschlossene erkennen können und umgeht den identitär-verengenden Fallstrick parteilicher Wissenschaft: »Es gibt keine Möglichkeit an allen Positionen zugleich oder zur Gänze an einer einzigen privilegierten (unterdrückten) Position zu »sein«, die durch Gender, Rasse [sic], Nation und Klasse strukturiert wird.« (Ebd.) Erkennende sind gespalten, in sich heterogen, und auch das von ihnen produzierte Wissen ist in diesem Sinne partial. Haraway bezieht mit diesem Gedanken die poststrukturalistische Subjektkritik auf ein feministisch-wissenschaftstheoretisches Programm und schlägt Partialität und – im Anschluss an Marilyn Strathern (1991) – das Knüpfen partialer Verbindungen als Gegenprogramm zu Relativismus oder Perspektivismus vor: »Die Alternative zum Relativismus ist eine Vielfalt partialen, verortbaren, kritischen Wissens, das die Möglichkeit von Netzwerken aufrechterhält« (ebd.: 84). Zentral für Haraways Konzept der Partialität ist demnach die Unabgeschlossenheit von Wissensbeständen, die deren Verknüpfungen und Veränderungen – Neuverortungen – zulässt. Partiale Wissen können, wie unvollständig auch immer, übersetzt, als solche auch potentiell verbunden werden und lassen so Neues entstehen. In solchen Prozessen muss Haraway

zufolge entschieden auf der Eingebundenheit der Erkennenden in die Welt beharrt werden und darauf, dass es keine ambivalenzfreien Positionen in ihr geben kann: Solche Wissenschaft ist unhintergebar *positioniert*.

De Lagasnerie überführt eine ganz ähnliche Einsicht in die Positioniertheit von Wissenschaft in die Notwendigkeit der Produktion oppositionellen Wissens als infragestellendes Wissen, das dann die Falschheit der Welt sukzessive auflösen, zumindest aber destabilisieren soll. Dadurch schließt er allerdings viele (kritische) Wissensproduktionen aus, denn der Fokus liegt allein auf de(kon)struktiven Zugängen. Haraways Idee der Verknüpfung partialer Perspektiven basiert hingegen auch auf der Vorstellung, dass teilweise Affirmationen mit Verortungsleistungen als Positionierungen einhergehen können und als solche weniger anfällig dafür sind, sich vermeintlich aus dem Geschehen – aus der Welt mit ihren Widersprüchen, Macht- und Herrschaftsverhältnissen – herauszunehmen, also eine ihrerseits unschuldige beziehungsweise unproblematische, nicht markierte oder eben neutrale Position zu behaupten: »Positionierung ist daher die entscheidende wissensbegründende Praktik [...]. Positionierung impliziert Verantwortlichkeit für die Praktiken, die uns Macht verleihen. Politik und Ethik sind folglich die Grundlage für Auseinandersetzungen darüber, was als rationales Wissen gelten kann.« (Haraway 1995: 87) Wissenschaft, die sich solch »positionierte[r] Rationalität« verschreibt (ebd.: 91), schließt nicht ab, sondern öffnet und kann sich als politisierend begreifen, da Probleme hierin auch neu aufgeworfen werden. Ziel ist es weniger, Probleme zu lösen (vgl. Popper 1969: 105 f.), als sie zur Diskussion zu stellen oder überhaupt aufzuwerfen: Wissenschaft ist das »paradigmatische Modell nicht für Abgeschlossenheit, sondern für das, was bestreitbar ist und bestritten wird« (Haraway 1995: 90). Es geht dieser Theorie der Umstrittenheit nicht so sehr um die »Überprüfung« von Wissen, sondern darum, Wissensbestände in produktive (Streit-)Gespräche zu bringen: Gespräche, die der Heterogenität und den Widersprüchen ihrer jeweiligen Gegenstände und Gegenwarten Rechnung tragen und Übersetzungsleistungen vornehmen. Dies lässt sich als Plädoyer für Transdisziplinarität ebenso verstehen wie für einen Wahrheitsbegriff, der radikal antiautoritär ist, da die (auch politische) Streitbarkeit von Wissen als Voraussetzung für Objektivität verstanden wird. Haraways Position anerkennt, dass Wahrheit und Objektivität nicht »leicht zu haben« sind, sondern aus engagierten Prozessen hervorgehen und für neue Verknüpfungen und Revisionen offengehalten werden müssen. Solch positionierte Wissenschaft operiert

mit einer »leidenschaftliche[n] Unvoreingenommenheit« (ebd.: 85), die weder identitätspolitische Verkürzungen in wissenschaftspolitische Positionierungen einschreibt oder Wissenschaft als Aktivismus versteht, noch eine alleinige Schaltstelle zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft bespielt, sondern Involviertheit poststrukturalistisch informiert so theoretisiert, dass Wahrheit als umstritten und vorläufig erscheinen kann, ohne dass sie ihre Autorität im Sinne der Möglichkeit eines Erhebens von Objektivitätsansprüchen einbüßt.

4. Ausblick

Die skizzierte identitätskritische und relationale Stoßrichtung positionierter Wissenschaft kann der Rede vom Postfaktischen etwas entgegensetzen. Relationalität wird dabei zum obersten Prinzip der Theoriebildung, ihr Ergebnis ist aber nicht Symmetrie und Harmonie, Verflüssigung und Relativismus, sondern Spezifität und Konflikt, Verortung und Positionierung. In dieser Weise kann eine relationale als positionierte Wissenschaft die Alternative zwischen Universalismus und Relativismus zurückweisen: »Selbstidentität ist ein schlechtes visuelles System, Verschmelzung eine schlechte Strategie der Positionierung.« (Haraway 1995: 85 f.) Die Gefahren und Verkürzungen öffentlicher und parteilicher Soziologie werden umgangen, ohne deren wertvolle Einsichten zu kassieren. Weder muss sich positionierte Wissenschaft allein als Mittlerin verstehen, noch kauft sie in ein parteiliches, identitären Verengungen verpflichtetes Engagement ein. Ihr Engagement ist *von* dieser Welt in dem Sinne, dass sie Verortungsleistungen zum Dreh- und Angelpunkt der Wissensproduktion macht. Ich verstehe positionierte Wissenschaft als ein Gegengift zum »Postfaktischen«, das theoriestrategisch auf der Essenzialismus- und Identitätskritik aufbaut. Selbstverständlich ist auch sie nicht immun gegen wissenschaftsfeindliche Vereinnahmungen oder autoritäre Festschreibungen als Position *der* Wissenschaft schlechthin. Indem sie aber offensiv mit ihrer Verortung umgeht, muss sie weder Neutralität noch Parteilichkeit zu unhintergehbaren Maßstäben wissenschaftlicher Wissensproduktion erheben und führt ihre eigene Revidierbarkeit mit sich. Dies schwächt Objektivität nicht, sondern macht deutlich, dass »bessere Darstellungen der Welt« (Haraway 1995: 78) eine unabgeschlossene Aufgabe bleiben, die nicht nur eine, sondern viele Wissensbestände und Expertisen fordert. Gerade ein soziologisches

Ethos mit einem hohen Grad an Reflexivität über ihre Involviertheit mit dem Forschungsobjekt und einer Affirmation der Multiparadigmatik (Scheffer, Schmidt 2019) kann hierzu über disziplinäre Grenzen hinweg beitragen. Anstatt die poststrukturalistische Wissenschaftskritik in diesem Zusammenhang über Bord zu werfen, gilt es dabei vielmehr sie im Sinne positionierter Wissenschaft weiter auszuarbeiten und zu erproben.

Literatur

- Akademie für Soziologie 2017: Aufruf zur Gründung einer »Akademie für Soziologie«. <https://akademie-soziologie.de/die-akademie/ziele-und-aufgaben/>, letzter Aufruf am 17. Januar 2023.
- Behrendt, Gianna / Henkel, Anna 2018: 10 Minuten Soziologie: Fakten. Bielefeld: transcript.
- Bogner, Alexander 2021: Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Stuttgart: Reclam.
- Bourdieu, Pierre 1996: Störenfried Soziologie. In Joachim Fritz-Vannahme (Hg.), *Wozu heute noch Soziologie?* Opladen: Leske + Budrich, 65–70.
- Burawoy, Michael 2005: For Public Sociology. *American Sociological Review*, vol. 70, no. 1, 4–28.
- Canguilhem, Georges 1979: Wissenschaftsgeschichte und Epistemologie. *Gesammelte Aufsätze*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Collins, Patricia Hill 1986: Learning from the Outsider Within: The Sociological Significance of Black Feminist Thought. *Social Problems*, vol. 33, no. 6, 14–32.
- D’Ancona, Matthew 2017: *Post-Truth. The New War on Truth and How to Fight Back*. London: Ebury Press.
- Davis, Angela 1983: *Women, Race & Class*, New York: Vintage Books.
- De Lagasnerie, Geoffroy 2018: *Denken in einer schlechten Welt*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Flick, Sabine / Herold, Alexander (Hg.) 2021: *Zur Kritik der partizipativen Forschung. Forschungspraxis im Spiegel der Kritischen Theorie*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Foucault, Michel 1971: *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haraway, Donna 1995: *Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive*. In Donna Haraway, *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 73–97.
- Harding, Sandra 1994: *Das Geschlecht des Wissens. Frauen denken die Wissenschaft neu*. Frankfurt am Main, New York: Campus.

- Hark, Sabine 2005: *Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hartsock, Nancy 1983: *The Feminist Standpoint. Developing the Ground for Specifically Feminist Historical Materialism*. In Sandra Harding / Merrill B. Hintikka (eds.), *Discovering Reality. Feminist Perspectives on Epistemology, Metaphysics, Methodology, and Philosophy of Science*. Dordrecht: Reidel, 283–310.
- Hoppe, Katharina 2021: *Die Kraft der Revision. Epistemologie, Politik und Ethik bei Donna Haraway*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Horkheimer, Max 1988: *Traditionelle und kritische Theorie*. In Max Horkheimer, *Gesammelte Schriften, Band 4: Schriften 1936–1941*. Frankfurt am Main: Fischer, 162–216.
- Keller, Evelyn Fox 1986: *Liebe, Macht und Erkenntnis. Männliche oder weibliche Wissenschaft? München, Wien: Hanser*.
- Latour, Bruno 1987: *Science in Action. How to Follow Scientists and Engineers Through Society*. Milton Keynes: Open University Press.
- Lessenich, Stephan 2022: *Petite Auberge Aufbruch. Zu den Möglichkeitsräumen kritischer Sozialforschung heute*. *SOZIOLOGIE*, 51. Jg., Heft 2, 115–126.
- Mies, Maria 1978: *Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen*. *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, 1. Jg., Heft 1, 41–63.
- Mills, C. Wright 2016: *Soziologische Phantasie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Mohanty, Chandra Talpade 1984: *Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses*. *boundary*, vol. 2, no. 12/13, 333–358.
- Neun, Oliver 2019: *Öffentliche Soziologie*. Baden-Baden: Nomos.
- Popper, Karl R. 1969: *Die Logik der Sozialwissenschaften*. In Theodor W. Adorno / Hans Albert / Ralf Dahrendorf / Jürgen Habermas / Harald Pilot / Karl R. Popper (Hg.): *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*. Neuwied, Berlin: Luchterhand, 103–124.
- Scheffer, Thomas / Schmidt, Robert 2019: *Für eine multiparadigmatische Soziologie in Zeiten existentieller Probleme*. *SOZIOLOGIE*, 48. Jg., Heft 2, 153–173.
- Strathern, Marilyn 1991: *Partial Connections*. Savage: Rowman & Littlefield.
- Thürmer-Rohr, Christina 1984: *Der Chor der Opfer ist verstummt*. *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, 11. Jg., Heft 7, 71–84.
- Van Dyk, Silke 2017: *Krise der Faktizität? Über Wahrheit und Lüge in der Politik und die Aufgabe der Kritik*. *PROKLA*, 47. Jg., Heft 188, 347–367.
- Villa, Paula-Irene / Speck, Sarah 2020: *Das Unbehagen der Gender Studies. Ein Gespräch zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik*. *Open Gender Journal*, 4. Jg., 1–26. <https://doi.org/10.17169/ogj.2020.141>, letzter Aufruf am 17. Januar 2023.
- Vogelmann, Frieder 2016: *Postfaktisch*. *Soziopolis* vom 20. Dezember 2016. <https://www.sozio.polis.de/postfaktisch.html>, letzter Aufruf am 17. Januar 2023.
- Williams, Bernard 2010: *Truth and Truthfulness. An Essay in Genealogy*. Princeton: Princeton University Press.